

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

E. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:

M. Grigner. E. Hauf.

N^o 110.

Wien, Freitag den 4 August

1848

(Wien. Reichstags-Sitzung vom 3. August 1848.)

In der heutigen, um 10^{1/2} Uhr eröffneten Sitzung eröffnet Vizepräsident Strohbach, daß im Ausschusse zum Entwurfe einer Constitution Abgeordneter Feisalil zum Vorstande, Kautschitsch zum Stellvertreter, Gasser und Goldmark zu Schriftführern erwählt.

Wir begegnen unter diesen Herren keinen einzigen Namen von Bedeutung und gestehen offen, daß wir von der Freisinnigkeit und Lüchigkeit des Entwurfes keine großen Erwartungen hegen. Wir können nicht umhin, dem Ausschusse die weltgeschichtliche Bedeutung seiner Thätigkeit vor die Seele zu führen, ihn zu erinnern, daß der Entwurf eine entschieden radikale Tendenz, volle und unbedingte Anerkennung der Volkssoveränität in sich tragen muß, soll nicht das Vaterland um seine gerechten Forderungen betrogen werden. Es soll die neue Gestaltung nicht nur alte Wunden heilen, sondern die feste Bürgschaft künftigen Glückes sein. Millionen erwarten ihr Heil von ihm, Millionen lange Seknechteter, oft Verhöhneter und dennoch jetzt noch unererschütterlich Vertrauender. Zu dieser Gestaltung den Entwurf zeichnen, ist eine That, die ein Leben werth ist. Ruhm und Ehre, preisenden Gedächtnisses unsterblichen Lorbeer bietet die eine, Schmach und Schande, den zermalmenden Fluch später Jahrhunderte bietet die andere Richtung. Der Entwurf ist keineswegs unbedingt maßgebend, wohl aber ein Kennzeichen, wie die von den Volksvertretern gewählten Vertrauensmänner ihre Stellung zum Volke, zu den gebieterischen Forderungen der Zeit begriffen haben. Mögen sie die Wichtigkeit ihrer Stellung nicht verkennen, die Verantwortung dem Reichstage und seinem Comiteenten, dem Volke gegenüber in ihrer ganzen Größe erfassen, und frei von Nationalitäts- und Parteiinteressen das große Ziel: Freiheit unverrückt im Auge behalten. An ihren Werken wollen wir sie erkennen. Gebe der Himmel, daß sie ihre Zeit begreifen, in ihrem Sinne handeln, und den ersten Stein zum statilichen Wiederaufbau des neuen Bölkergebäudes legen.

Abgeordneter Kudlich stellt die Frage an den Minister der Arbeiten, welche Maßnahmen zur Abhülfe der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit getroffen seien? Ob ferner diese Maßregeln auch den Gesamtstaat betreffen, da namentlich die Weber und Tuchmacher verschiedener Gegenden sich in großer Bedrängniß befinden.

Minister Schwarzer erwiedert, daß es seine erste Aufgabe bei

Übernahme des Ministeriums gewesen sei, nicht bloß dem zeitweiligen Bedürfnisse abzuhelfen, sondern die Lage der arbeitenden Klassen überhaupt in ihrem ganzen Umfange zu erforschen. Zu diesem Ende sei ein Central-Comité niedergesetzt, dessen nächste Pflicht die Evidenzhaltung der Arbeiten eben so wohl, als der Arbeiterkräfte sei. Diesem seien Individuen des Finanzministeriums, des Innern wegen der polizeilichen Anordnungen, des Krieges wegen der Arbeiten in den Monturcommissionen beigezogen. Vom Unterrichtsministerium sei Niemand zugetheilt, weil ein rein sociale Ministerium urplötzlich nicht gebildet werden sollte, da Frankreichs Beispiel hierin traurige Erfahrungen nachweise, welche Behutsamkeit zur Pflicht machten. Mit dem Ministerium des Handels sei das Einvernehmen getroffen, von den 20,000 Arbeitern hier jene, welche der Industrie durch die neuesten Zeitverhältnisse entzogen worden seien, derselben wieder zurückzugeben. Allerdings sei ein Proletariat hier entstanden, zunächst durch die falsche Maßregel, bloß Geld zu geben, nicht aber auch Arbeit zu fordern, hervorgerufen. Weides solle in Zukunft im Verhältnisse stehen. Würde es dem Central-Comité mit den vorhandenen Geldmitteln nicht möglich sein, seine Obliegenheiten zu erfüllen, so werde der Finanzminister eine neue Auflage zur Deckung des Restfordernisses einbringen. Zur möglichsten Ersparung werde übrigens der Tagelohn so bald als möglich aufhören. Jetzt sei es wegen der der schweren Arbeit ungewohnten Seidenarbeiter nicht leicht möglich. Dann aber solle durchaus Accordarbeit eingeführt werden, welche dem in jüngster Zeit Statt gehabten heillosen Mißbrauche ein Ende machen werde. Erarbeiten nämlich, wofür man 2—3 fl. zu bezahlen pflegte, seien in den letzten Tagen auf 60 fl. zu stehen gekommen. Endlich erklärt er, obwohl die Angelegenheit in den Pessort des Ministers des Innern gehöre, da sie die Proletariatsfrage behandle, habe er aus eigenem Antriebe die Verantwortlichkeit übernommen. In der Billigung dieses Schrittes von der Versammlung finde er die Zuversicht, daß ihm kein Vorwurf gemacht werden dürfte, wenn er kommenden dießfälligen Interpellationen nicht so fort genügend antworten sollte.

Der schwarze Ritter mit der gelben Maske, Leopold Neumann (nicht Leo oder gar Lewi, wie er neulich irrtümlich genannt wurde) spukt schon wieder auf der Ministerbank.

Abgeordneter Scherzer stellt an den Kriegsminister die Frage, ob und welche Maßregeln getroffen worden seien, daß die deutscherländi-

ischen Regimenter neben den österreichischen Farben auch die deutsche Coarbe aufstecken.

Latour gibt zur Antwort, noch sei diese Maßregel nicht im Minister-rathe berathen worden. Er halte sie für eine der wichtigsten und wolle seine persönliche Ansicht darüber aussprechen. Die k. k. österreichische Armee habe für Deutschland seit alten Zeiten mit entschiedener Kraft, voller Hingebung und glänzendem Erfolge gekämpft, ohne ein Abzeichen zu tragen. Er erinnere namentlich an den Befreiungskrieg, an die Schlacht bei Leipzig. Er halte ein Abzeichen auch daher jetzt für vollkommen gleichgiltig. Die Annahme der deutschen Farben könne die Einheit der Armee erschüttern, weswegen ein Schritt in dieser Beziehung sehr bedächtig zu berathen sei.

Wir haben die Entrüstung des gesammten deutschen Vaterlandes vernommen, als der König von Preußen durch seinen Kriegsminister Schreke in den Armeebefehl wegen Anlegung der deutschen Farben mit den separatistischen Floskeln von ausschließend preussischer Tapferkeit verlausulirte. Wir haben erfahren müssen, daß unser Kriegsminister noch schwarzgelber und antideutscher auftritt, als der preussische, und daß seinen Worten von dem schwarzgelben Poppcntrum unseres Reichstages Beifall geklatscht wurde.

Dem Kriegsminister entgegen wir, daß eine k. k. Armee seit den Märztagen aufgehört hat, zu existiren, daß es gegenwärtig nur eine österreichische Armee gebe. Wir erinnern ihn, daß die Zeiten vorüber sind, wo ein stehendes Heer die bloße Leibgarde des Thrones, gegenüber dem Volke, gewesen; wir erinnern ihn, daß in einem constitutionellen Staate das stehende Heer für das Volk, aus dem es hervorgeht, Verpflichtung hat, daß es mit diesem Volke, als integrierender Theil, in allen politischen Beziehungen eng verbunden ist. Wir erinnern den verantwortlichen Kriegsminister daran, weil dem General constitutionelle Begriffe nicht sehr geläufig zu sein scheinen.

Wenn Oesterreich in den bisherigen Bundesländern zu Deutschland gehört, seinen innigen Anschluß in der ruhmvollen letzten Zeit offen ausgesprochen hat, so ist es eine nothwendige Folge, daß die aus diesem Oesterreich für Oesterreich rekrutirten Truppen in dem Anschlusse an Deutschland inbegriffen sind. Sie bilden also einen Theil des deutschen Bundesheeres und haben als solcher jedenfalls die deutschen Farben zu tragen. Was hat der Kriegsminister für eine Entgegnung, wenn er sich nicht selbst durch absichtlichen Widerspruch schlagen will.

Was der Kriegsminister von den Anstrengungen der Armee seit Jahrhunderten für Deutschland erzählt, ist eine offenbare Unwahrheit. Wohl hat die Armee unsres Vaterlandes sich mit Ruhm bedeckt, wohl hat sie eben in verzweifeltsten Tagen ihren herrlichsten Muth entfaltet, wohl hat sie zuerst den größten Kriegemeister mit seiner nicht nur weltberühmten, sondern sogar weltbekannten Armee geschlagen. Die Armee Oesterreichs steht groß da in den Annalen der Geschichte, aber sie steht nur als bewaffneter Körper da. Denn wir hoffen, der Kriegsminister werde sich der Geschichte gegenüber nicht die Blöße geben, auf seiner irrigen Ansicht zu bestehen, daß die Armee jemals für Deutschland gekämpft habe. Es gab kein Deutschland mehr, darum konnte sie nicht dafür kämpfen. Es gab nur deutsche Fürsten, die Interessen dieser Fürsten wurden von dem stehenden Heere verteidiget. Ein solcher Fürst war der österreichische Kaiser der Vorzeit, für den Kaiser also, nicht für Deutschland kämpfte unsere Armee. Der Kriegsminister wird doch wohl nicht behaupten, im dreißigjährigen, im siebenjährigen, im Successionskriege hätte

die österreichische Armee für Deutschland gekämpft? Der Kriegsminister wird doch nicht behaupten wollen, die Schlacht bei Leipzig sei eine Soldatenschlacht gewesen, da sie eine Völkerschlacht gewesen. Sie war ferner eine Schlacht vertrauender Völker für wortbrüchige Fürsten, nicht für Deutschland — oder weiß der Kriegsminister noch nicht, daß der Befreiungskrieg nach dem letzten Schwertstreich zu einer ungeheuren Lüge wurde.

Endlich hat der Reichsverweser den Befehl ergehen lassen, am 6. August haben alle Bestandtheile der Bundesarmee die deutschen Farben anzulegen. Kennt der Kriegsminister diesen Befehl? Weiß der Kriegsminister, daß ein ähnlicher Befehl wegen Inspicirung der Bundesstruppen durch eine vom dormaligen Bundestage bestellte Commission pünktlich befolgt wurde, indem unweigerlich die Ausrückung vor der Commission erfolgte? Will der Kriegsminister noch weit hinter der Zeit vor dem März zurückbleiben? Bedenkt der Kriegsminister, was es heißt, sich gegen einen Befehl auflehnen? Kennt er das Wort Gehorsam nicht? Oder will er kaiserlicher als ein Prinz des Hauses, loyaler als der österreichische Feldmarschall Johann sein? Wir sind der Meinung, wenn die oberste Gewalt Deutschlands befiehlt, ist auch eine Berathung, ob man gehorchen solle oder nicht, ein Vergehen. Der österreichische Kriegsminister hat ganz einfach zu gehorchen, wenn ihm der Reichsverweser befiehlt. Wir bedauern übrigens, daß Latour nicht Kriegsminister des Königs von Hannover ist. Das Pärchen paßte so wundervoll zusammen!

Wir erwarten den 6. August! Er dürfte ein bedeutungsvoller Tag werden!

Abgeordneter Hubicki und Sierakowski interpellirten die Minister der Finanzen und des Innern; Ersterer wegen schonungsloser Eintreibung der noch bestehenden Judensteuer, Letzterer wegen einer Signatur des Generals Hammerstein, als Gouverneur-Stellvertreter und kommandirender General. In der ersten Angelegenheit wurde sofortige Abhilfe und Einbringung eines Gesetzes zugesagt, die zweite dahin aufgeklärt, daß die Signatur während eines provisorischen Zustandes gegeben worden.

Der Cameralrath Albert Ritter von Neuwall und der schwarze Ritter mit der gelben Maske, Leopold Neumann (nicht Leo, oder gar Lewi, wie er irrtümlich genannt wurde) machen einen Sturm auf die Ministerbank. Neuwall wird abgeschlagen und ergreift den Rückzug. Neumann dagegen führt eine kühne Flankenbewegung aus und versetzt dadurch den Justizminister in Blockadezustand.

Hierauf wird zur Berathung der Geschäftsordnung übergegangen.

Niederhuber.

Eine verunglückte Interpellation.

Difficile est, satyram non scribere.

In der Sitzung des Verfassungstages vom 2. August erhob sich feierlichst der jesuitische und stadionitische Trunner, um eine Interpellation zu machen. Er richtete seine Fragen an den Minister des Innern und jenen der Justiz, als wolle er zwei Fliegen mit einer Klappe treffen. Aber aus der Frage ward eine lange Rede und der langen Rede kurzer Inhalt war eine Kagenmusik, die am Abend zuvor dem Pfarrer in der Allersdorfstadt gebracht worden war. Der Herr Trunner hob dabei wiederholt hervor, daß die ganze Breite der Allersgasse voll Menschen gewesen sei — er mochte vielleicht nicht wissen, oder vergessen, oder nicht bedacht haben, daß Wien mehr Menschen hat als eine steirische Landstadt. Dabei war es

ihm nicht genug, es einen Aufslauf zu nennen, sondern er setzte jedesmal, was wohl mehr als sechsmal geschehen mochte, das Wort Zusammenrottung hinzu, aber nicht wie es ein ehrlicher Deutscher betont, nemlich Zusammenrottung, sondern Zusammenrottung, und zwar so nachdrücklich, als wolle er, daß man bis nach Innsbruck höre, wie furchtbar und gefährlich es in dem abscheulichen Wien aussehe. Nach seiner Meinung könne die Versammlung unter solchen Umständen nicht mit Sicherheit tagen und der Kaiser noch weniger nach Wien zurückkehren. Da kam der Stadion'sche Pferdefuß zu Tage. Mein Gesicht ist zu kurz, als daß ich es hätte sehen können, aber rings um mich hieß es, daß mit dem Beginne der Interpellation Stadion's kaltes Gesicht sich zu einem triumphirenden Lächeln verzogen habe. Das Lächeln mag freilich in einen andern Ausbruch übergegangen sein, als der Trunner für alle seine Anstrengung mit dem lauten Mißfallen, fast Hohngelächter des ganzen Saales belohnt wurde und beide Minister, mit eben so viel Beifall als er Mißfallen erteilte, seine Frage kurz und einfach dahin beantworteten, daß die Sache ganz und gar nichts Bedenkliches gehabt habe, daß jedoch alles Gehörige bereits eingeleitet sei.

Ich habe hier eine Waffe gebraucht, die ich bisher noch nicht angewendet, die daher Manche von mir befremden möchte; allein es ist schwer, sich derselben zu enthalten, wo die Bosheit sich so glänzend lächerlich macht. Man darf nicht eines Fingers Breite von ihrer Schellenkappe nehmen, denn unter dieser ist sie ungefährlich; nur heißt es auf der Hut sein, daß sie die Narrenkappe nicht als Maske trägt.

Allerdings hat sich bei dieser Gelegenheit, neben grober Unwissenheit über großstädtische Verhältnisse und Revolutionszustände, eine sehr schlimme Absicht bloßgelegt; allein von dieser schlimmen Absicht haben wir längst gewußt, darum hat auch, zumal von diesem Manne, das Manöver ganz und gar nicht befremdet. Es versteht sich von selbst, daß dieser Mann, welcher gegen den freisinnigen Smreker so losdonnerte, kein Wort der Rüge hatte gegen einen Pfarrer, welcher die Revolution verläugnete, kein Wort der Rüge gegen die alte berittene Bürgergarde, welche sich auch diesmal wieder, wie schon öfter, im Gegensatz zur Nationalgarde und zur Legion, durch Brutalität beschimpft hate.

Daß die ganze Comödie auf Innsbruck berechnet war, liegt am Tage; aber der freilich plumpe Hohn, mit dem auf die Adresse und die Deputation nach Innsbruck angespielt wurde, hätte eine strenge Rüge verdient; doch möchte die Verachtung wirksamer und wo sie noch empfunden wird, schmerzlicher sein als alle Rüge.

E. Wintersberg.

(Deutschland.) Frankfurt, das wir noch vor kurzem für unsren politischen Erlöser hielten, bedürfte selbst der Erlösung. Es ist in dem dahinrausenden Zeitstrom, in dem es sich anfänglich zur Zeit des Vorparlamentes kräftig auf der Höhe hielt, abwärts gekommen und gerieth in einen Sumpf, aus dem es sich am wenigsten herausfinden wird, wenn es trüben Irrlichtern nachjagt, wie einem Leichnamstag, Möhring &c. Einen schmerzlicheren Eindruck kann es wohl kaum geben, als der, den die Verhandlungen über die polnische Frage auf uns gemacht. Trotz den tief durchdachten, henreißen Worten, die Ruge, Schaffrath &c. vom höchsten Standpunkte des Völkerrechtes aus gesprochen, trotz dem schaalenden deutschhümelnden Asterpatriotismus, den die Rechte in zahllosen, ziemlich das gleiche sagenden, Reden entwickelte, — fielen die Amendements der ersten Partei mit 331 gegen 101 durch! — Deutschland hat die heiligen Pflichten in den Staub getreten, die es gegenüber den mit seiner Hilfe zerlegten Polen schuldet, es spricht und kämpft für Nationalität und Frei-

heit und verhöhnt sie im selben Augenblicke. Wir können und werden nicht erwarten oder verlangen, daß sich Frankfurt über den verhältnißmäßig kleinlichen politischen Standpunkte der Nationalitäten auf die Höhe des Weltbürgerthums erhebe, da die Schritte der Zeit vorgreifen hieße und nichts fruchten könnte, aber das konnten wir wohl erwarten, daß die (längst vermodert geglaubte) absurde Deutschhümelei aus den Zeiten der Franzosenfresserei im Jahre 1848! in Frankfurt! nicht wieder auftauchen, ja sogar eine Majorität von 331 für sich gewinnen werde! — Es ist geschehen, und die Kirchturmspolitik hat — gefiegt! — Unter den 101 sehen wir nur wenige der österreichischen Abgeordneten, die bilden eine kräftige Stütze der Rechten! — So wichtig diese Frage für den über „Heute und hier“ hinaus denkenden war, und so tief sie auch in das Herz jedes Menschenfreundes eingreift, so wird die Entscheidung doch an der größeren Masse des Volkes ziemlich unbeachtet vorübergehen; aber anders wird es sich gestalten, wenn die Rechte auch in folgenden, das deutsche Volk unmittelbar betreffenden Fragen siegen wird! Da wird der Unwille mächtig erwachen, der ohnehin auch in den antideutschen Partikularunternehmungen der einzelnen Regierungen reichliche Nahrung findet und Frankfurts Händen, das man vertrauend beschiedt, um die entfesselte Revolution in die ruhige Bahn der Reform zu lenken, werden die Zügel entfallen; das Drama wird beginnen, das wir mit dem Vorspieler beendet glaubten und mancher wird von der Bühne verschwinden, der jetzt um Hauptrollen buhlt. — Nach obiger Abstimmung, von der sich 26 völlig enthielten, erschienen aus den 331 eine Menge Erklärungen über ihre Abstimmungen, womit sie ihr böses Gewissen zu beruhigen und sich vor sich und der Nation zu rechtfertigen suchen mochten, bis endlich Hartman (von der Linken) die Unwürdigkeit dieser Bemäntelung in das wahre Licht stellte. — Zu dem barbarischen Schacher, den Rußland und Deutschlands Fürsten in den 70er und 90er Jahren mit einem zerfleischten Volke trieben — zu dem alles Völkerrecht verhöhrenden Streiche, mit dem eine deutsche Regierung den letzten scheinbar freien Rest des einst so mächtigen Polenreiches an sich riß — führt nun auch das deutsche Volk einen Schlag in das gramdurchfurchte Antlitz des sterbenden Polenreiches! Pfui! — —

Grigner.

Constitutionelle Begriffe.

I.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat bei Gelegenheit einer Interpellation Neuwalls in Betreff der Miete des Gebäudes, in welchem sich die oberste Justizstelle befindet, geäußert, daß diese Stelle mit dem Justizministerium zusammen fließen werde. Hierin liegt eine gewaltige Verwechslung oder Verwirrung der Begriffe. Die oberste Justizstelle ist ihrem Namen und Wesen nach ein Gerichtshof; daß ihr Vorsitz zugleich Justizminister, war eine Ungehörigkeit, die nur unter der alten Wirthschaft Statt finden konnte. Der Vorsitz der obersten Justizstelle ist als solcher Richter; der Justizminister als solcher ist im Grunde nur Verwaltungsbeamter und ist in seiner Beziehung zu den Gerichten zugleich Ankläger und Strafvollstrecker. Er weist den öffentlichen Ankläger an, sein Amt zu handhaben; den Richtern hat er nicht zu befehlen, denn diese sind als solche durchaus unabhängig von ihm. Dem Justizminister liegt ob, die von den Gerichten ausgesprochenen Strafen vollziehen zu lassen und darüber, daß dieses geschehe, zu wachen. Man sieht also, daß die oberste Justizstelle nie mit dem Justizministerium zusammenfließen kann; sie müssen im Gegentheile ganz und gar getrennt werden. Der Minister kann und darf nicht in einem Gerichtshofe den Vorsitz führen, schon deshalb nicht, weil ein großer Theil der Klagen, welche vor die Gerichte kommen, gegen

die Regierung gerichtet ist, so daß der Minister als Vorsitzender eines Gerichtes Richter in eigener Sache würde.

Ich zweifle nicht, daß Doblhoff und Bach diesen Irrthum nicht theilen; aber desto häufiger möchte er bei Andern sein, und ich glaube deshalb, daß diese Berichtigung sehr am Plage ist. Ueberhaupt wird es gut sein, auf die Berichtigung der Begriffe, die noch aus der alten Zeit stammen, hinzuwirken; befehrt man dadurch allerdings nicht den bösen Willen, so ist dies doch bei der irreführenden Einsicht der Fall, die jedenfalls häufiger sein möchte, als der böse Wille, der nur durch die Einfältigen seinen Zweck erreichen kann.

E. Wintersberg.

Wien, 2. Juli 1848. (Die Volksschulen.) Der vom frühern interimistischen Ministerium des Unterrichts veröffentlichte Entwurf der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Oesterreich, weist im §. 11 die Erhaltung der Volksschulen und ihrer Lehrer den Gemeinden zu, nachdem die Schulen im §. 1 als Staatsanstalten bezeichnet worden sind. Diese beiden Paragraphen enthalten einen Widerspruch. Wenn die Volksschulen, so wie alle andern öffentlichen Lehranstalten, Staatsinstitute werden sollen: so müssen sie auch aus Staatsmitteln erhalten werden. Mit Rücksicht auf den föderativen Charakter Oesterreichs wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn die Volksschulen als Landes- (als Provinzial-) Angelegenheit behandelt und den Landtagen, hinsichtlich der Gründung, Erhaltung und Leitung derselben untergeordnet sein würden. Diesem zu Folge darf von den Schülern kein Unterrichtsgeld erhoben werden, sondern die Dotazion der Schulen muß aus Landmitteln bestritten werden. Es wäre hier überflüssig darauf hinzuweisen, daß zur Creirung eines Landesschulfonds für die einzelnen Theile Oesterreichs ein Theil des in denselben befindlichen Kirchen- und Klostervermögens verwendet werden könnte. — Was die innere Organisation der Volksschule anlangt, so zählt der §. 13 unter die der Volksschule zuzuweisenden Gegenstände „die Religion.“ Es bringt sich die Frage auf, welche Religion hier gemeint sei? Daß dies die katholische ist, erhellt aus dem Inhalte des §. 31. „Die Regulirung der Volksschulen der Katholiken nach dem Grundsätze der gleichen politischen Berechtigung der christlichen Confessionen; dann die Regulirung der Volksschulen der Juden, nach Maßgabe der ihnen einzuräumenden politischen Rechte, wird durch besondere Gesetze erfolgen.“ Was wollen die Winkzüge dieses Paragraphen anderes bezwecken, als die Umgehung der durch die Constitution zu garantirenden Glaubensfreiheit und Confessionsgleichheit; was enthalten dieselben anderes, als die Sicherung der Confessions-Aristokratie, die Bevorrechtung einer Kirche zum Nachtheile der andern, die Anerkennung einer Staatsreligion? Diese Bestimmung ist im höchsten Grade constitutionswidrig; wir fordern im Interesse der staatsbürgerlichen Freiheit die Trennung der Schule von der Kirche. Die Schule muß als Staatsanstalt, von den Confessionsunterschieden der zu bildenden Staatsbürger abstrahiren; in der Schule als solcher soll er bloß Vorträge über allgemeine Moral-, Pflichten- und Tugendlehre, und über die wichtigsten Rechte des Staatsbürgers mit Rücksicht auf die positiven constitutionellen Satzungen abgehalten werden; der Unterricht in den Grundsätzen einer bestimmten Confession ist nicht Staats-, sondern kirchliche Gemeinde-Angelegenheit, und muß den kirchlichen Gemeinden selbst nach einem bestimmten Gesetze unter der Controлле des Staates anheim gestellt werden.

Was die äußere Organisation der Volksschule anlangt: so soll nach §. 28 die Schulcommission, welcher die unmittelbare Leitung einer Volksschule anvertraut wird, aus den geistlichen und weltlichen Lehrern der

Schule und aus eben so viel Gemeinbegliedern bestehen. Vorsitzender soll in den Landschulen der erste dabei theilgenommene Geistliche, in den Stadtschulen der Pfarrer u. s. w. sein. In den Kreisen besteht nach §. 29 ein Kreis-schul-Inspector, der sich durch fortgesetzte Berechnungen u. s. w. in genauer Kenntniß der Lehrer und Schulen zu erhalten hat. Endlich wird nach §. 9 zur Leitung des Volks (und der mittleren Schulen) unter Oberleitung des Ministeriums in jeder Provinzialhauptstadt ein Landesschulrath zusammengesetzt werden, bestehend aus vier Directoren, einem für die Volksschulen, einem zweiten für die Gymnasien, einem dritten für die übrigen mittleren Schulen, einem vierten auf Vorschlag des bischöflichen Consistoriums zu ernennenden, für den Religionsunterricht und die Leitung der religiösen Bildung der Jugend. Der Landesschulrath bildet eine Abtheilung der Provinzial-Regierungs-Behörde. Wer erblickt in diesen Bestimmungen nicht des Jozphthums neue Fäse? Aus welchem Grunde soll der Geistliche, der Pfarrer das Vorrecht zum Präsidium besitzen? Wen erinnert das Institut der Inspectoren nicht an die visitationes canonicae mit all ihren Annehmlichkeiten für die Visitanten und den Unannehmlichkeiten für die Visitirten und all den Nachtheilen für die Sache der Volksbildung? Was ist endlich der Landesschulrath in dieser Gestalt anderes, als ein bureaukratisches, der mit so viel Mühe endlich abgeschafften Studien-Hof-Commission nachgebildetes Organ? Wenn man die Absicht hegt, die Schule auf eine volksthümliche Grundlage zu stellen: so muß ihre Leitung dem Lehrkörper unter der Controлле der Gemeinden, welche hierzu Ausschüsse wählen sollen, überlassen werden. Der Vorsitzende der Schulcommission muß aus der Reihe der Lehrer für eine bestimmte Zeit (für ein Jahr) frei gewählt und von der Gemeinde bestätigt werden. Der Landesschulrath soll aus den von den Lehrern der einzelnen Schulabtheilungen gewählten, vom Landtage bestätigten Directoren zusammengesetzt sein.

Der 26. Paragraph verfügt, in Bezug auf die Anstellung der Lehrer, daß erledigte Lehrerstellen in der Provinzial-Zeitung ausgeschrieben werden. Der Kreis-Stadtschul-Inspector versammelt die Vorsteher der Gemeinde, wo die Stelle zu besetzen ist, sammt denjenigen, welche ein auf specielle Leistungen für die Schule gegründetes Präsentationsrecht haben, oder deren Stellvertreter an einem vorher bestimmten Tage am Orte der Gemeinde, legt ihnen die Eingaben der Competenten vor, informirt sie über deren Tauglichkeit und gibt ihnen seinen Rath in Bezug auf die zu treffende Wahl. Es werden drei Candidaten vorgeschlagen. Der Vorschlag geht mit einem Gutachten des Kreis-schul-Inspectors an den Landesschulrath, welcher einen Candidaten ernennt. Unter der Voraussetzung, daß die Volksschule als Staats- oder Landesanstalt organisirt wird, verschwinden alle auf spezielle Leistungen gegründeten Präsentationsrechte. In Berücksichtigung des Umstandes, daß das Lehrpersonal die Fähigkeiten der Candidaten am besten beurtheilen kann, wäre auch von diesem der Vorschlag zu erstatten; in Berücksichtigung des Umstandes, daß es der Gemeinde nicht gleichgiltig sein kann, wem der Unterricht der Kinder, der ihren Gliedern als staatsbürgerliche Pflicht obliegt, anvertraut wird, dürfte die Wahl des Lehrers der Gemeinde anheim gestellt werden; in Berücksichtigung des Umstandes, daß der Unterricht des Staatsbürgers sich als eine für die Gesamtheit höchst wichtige Angelegenheit darstellt, dürfte die Ernennung des Lehrers vom Landesschulrath zu bestätigen sein.

§. 17 verfügt, daß zur Bildung der künftig anzustellenden Lehrer in jeder Provinzialhauptstadt ein für jetzt zweijähriger, später dreijähriger Candidatenkurs einzurichten ist, welcher allmählig zu einem vollständigen

gen Lehrerseminar auszubilden ist. Indem wir die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel anerkennen, weisen wir zugleich darauf hin, daß sich zur Erreichung des hierdurch beabsichtigten Zweckes die Erweiterung des pädagogischen Unterrichtes an Hochschulen und Liceen durch Creitung hierzu bestimmter Lehrkanzeln, als zweckmäßiger Mittel darstellen würde. Die Hochschule würde zugleich durch eine practische Section bereichert werden. Die Aufnahme in dieselbe zum Behufe der Erlangung eines Wahlfähigkeits-Zeugnisses für Lehrerstellen könnte an den Ausweis der nöthigen Vorkenntnisse gebunden sein. Die im §. 18 angeedeuteten jährlich abzuhaltenden Lehrerversammlungen, die zu begründende Schulzeitung stellen sich ohne Zweifel als zweckmäßige Bildungsmittel der Lehrer dar.

Die Bestimmung, daß die Personen, welche diese Lehrerversammlungen leiten sollen, von einem Schulinspector bezeichnet werden, streitet gegen die Associationsfreiheit, der zu Folge es den versammelten Lehrern frei stehen muß, die Leiter der Versammlung durch freie Wahl zu bestimmen. Was aber die Aufsicht der obersten Schulbehörden anlangt, unter welcher die Schulzeitungen erscheinen sollen, so kann dieselbe, wenn sie mit der Pressfreiheit nicht kollidiren soll, keine andere sein, als die gesetzlich normirte Aufsicht des Staates über die Presse überhaupt.

Laut §. 32 wird es als Aufgabe des Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes und der Landeslehrerämter anerkannt, durch zweckmäßige Volksbücher für Unterricht und Aufklärung der Herangewachsenen fortbauernde Sorge zu tragen.

Wir schließen die Bemerkungen über den bezeichneten Entwurf mit dem Wunsche, es möchte die Lösung der zuletzt angeedeuteten Aufgabe des Unterrichts-Ministeriums durch eine Association zur Verbreitung guter (nicht etwa Aberglauben verbreitender) Bücher erleichtert werden.

Dr. J. J. Prochazka.

Graf Brandis mit dem Leopoldorden.

Vor wenigen Tagen verkündete die Wiener Zeitung die Absetzung des Gouverneurs von Tyrol. Wir jubelten und mit uns das Land Tyrol. Denn was auch Herr Ebersberg sagen mag, der Graf Brandis war gehaßt im ganzen Lande, vom Norden bis zum Süden, von Ost bis West. Alle Tyroler freuten sich daher über seine Absetzung, die Pfaffen allein ausgenommen.

Das wissen wir besser, als der Reactionär Ebersberg.

Graf Brandis hatte auch eine Pension bekommen, sie war unvernünftig und unnothwendig; unvernünftig, weil ein Mann, der sich gegen die vom Kaiser gegebene Constitution auflehnt, ein Landesverräter ist und keine Pension, sondern Strafe verdient; unnothwendig, weil Graf Brandis reich genug ist, um nicht die geschwächten Finanzen des Staates in diesem bebrängten Momente in Anspruch nehmen zu müssen. Wir haben über diese Selbangelegenheit geschwiegen, weil wir bald allgemeine Gesetze über das Pensionswesen erwarteten.

Nun verkündet uns das Abendblatt der Wiener Zeitung vom 2. August, daß Graf Brandis den Leopoldorden erhalten habe.

Dazu können wir nicht schweigen.

Wie soll man künftig Männer belohnen, die sich um das Vaterland verdient gemacht haben, wenn ein Verräter mit Orden geschmückt wird? Welcher Ehrenmann kann eine Belohnung treuer Dienste in einem Orden sehen, den auch ein Graf Brandis trägt?

Wir protestiren gegen eine Ordensverleihung an den Grafen Brandis.

Graf Brandis hat gegen die Erlasse seines Monarchen gehandelt, er hat die Rechte constitutioneller Staatsbürger mit Füßen getreten, er hat nicht nur gegen des Kaisers ausdrücklichen Befehl die Jesuiten und

Bigorianer nicht aus dem Lande gewiesen, sondern die anderwärts verjagten noch aufgenommen, er hat eine geheime Polizei eingeführt, nachdem ein Ministerialbefehl sie längst aufgehoben, er hat den Pfaffenumtrieben Vorschub geleistet.

Einen solchen Mann wollen wir nicht mit Orden geschmückt wissen, wenn ein Orden zur Ehre und nicht zur Schande gereichen soll.

Unser Ministerium ist beleidigt; auf seinen Antrag ist Graf Brandis seiner Stelle entsetzt worden. Hätte Graf Brandis einen Orden verdient, würde es ihn nicht abgesetzt haben. Die Camarilla hat das Ministerium geschlagen, indem sie ihrem Genossen einen Orden verschaffte. Es regiert also die Camarilla und nicht das Ministerium. Damit wird der constitutionelle Staat zur Lüge, zur Fabel; es herrscht noch immer Metternich; wir sind Sklaven und werden despotisch regiert wie ehemals.

Im Namen unseres Ministeriums protestiren wir gegen eine solche Ordensverleihung.

Das Volk von Tyrol hat sich gefreut über die Absetzung des Grafen Brandis, es hat Zutrauen gefaßt zur neuen Ordnung der Dinge; es hat diesen ersten thatsächlichen Beweis einer besseren Zeit mit Jubel begrüßt; es hat angefangen zu hoffen, daß dem Beamtenwesen, unter dem es so lange gelitten, endlich ein Ende gemacht werden wird. Nun bekommt der abgesetzte verrätherische Beamte einen Orden. Was soll es dabei denken? Hat man unter Metternich es nicht ganz so gemacht? Ist eine Veränderung im Staate vor sich gegangen oder nicht? Solche Fragen wird es stellen, und traurig und hoffnungslos in die Zukunft blicken. So von der Regierung in endlose Widersprüche und Irrgewebe geleitet, muß es nicht zuletzt den gleichnerischen Pfaffen ganz und gar in die Hände fallen?

Im Namen des tyrolischen Volkes also protestiren wir gegen eine Belohnung des Grafen Brandis.

A. Anreiter.

Eine Zeitung in Tirol.

Wenn in andern Ländern deutscher Zunge zahllose Blätter aus Tageslicht treten, die den Fortschritt predigen und der neu errungenen Freiheit freudig ihre Huldigungen bringen, geschieht in dem armen, von unfeliger Pfaffenherrschaft geplagten Tirolerlande, zum Schmerze aller Freisinnigen, gerade das Gegentheil. Dort mißbraucht eine lichtscheue, freifeindliche Partei, die ihren Centralpunkt im längst verurtheilten Pfaffenunwesen findet, die Presse, das edelste Mittel zur Bildung und Befreiung der Menschheit, zum schändlichsten Zwecke, zur Knechtung und Verbummung und zur Wahrung ungerechter und verrosteter Privilegien. Nur die Innsbrucker Zig. von Dr. Ennemoser, einem europäisch berühmten Tiroler, redigirt, bietet eine ehrenvolle und wenn man die dortigen Verhältnisse genau berücksichtigt, über alles Lob erhabene Ausnahme. Sie wagt es löwenmuthig und kühn, dem schändlichen Pfaffengetriebe in dem Mittelpunkte der verbrecherischen Handlungen selbst mit Energie entgegenzutreten. Alle andern Zeitschriften dagegen arbeiten eifrig auf den oben ausgesprochenen Zweck hin.

Zu den vorzüglichsten reactionären und pfäffisch-dummen Schreibern dieser Art gehört das „Tiroler Wochenblatt,“ von dem gerade Nr. 6 vom 29. Juli vor uns liegt. Es kommt in Bogen bei Eberle heraus und nennt als verantwortlichen Redakteur Joseph Pradelka, einen Geistlichen.

Wenn wir sagen, daß dieser Mann der vertraute Freund und Kindererzieher des Baron Joseph von Giovanelli war, so glauben wir ihn genugsam charakterisirt zu haben. Joseph von Giovanelli war das

Knechtungswerkzeug Metternichs auf dem Tiroler Landtage und der Hauptredner für die Berufung der Jesuiten und die Austreibung der zum Protestantismus übergetretenen Zillertaler. Der Hauptmitarbeiter des ultramontanen Nachwerkes aber ist ein gewisser Mohr, Appellationsrath, aus München. Also aus allen Weltgegenden strömt der reactionäre Pöbel in Tirol zusammen, armes Vaterland! Die Pfaffenpartei in Baiern beneidet gewiß ihre Brüder in Tirol um ihr glänzendes Dasein und schießt sehnlich von Zeit zu Zeit einen frommen Bruder herüber. Nur fortgemacht, Einmal dürfte es denn doch den Tirolern zu arg werden. Diese zwei Männer nun klären die Bevölkerung des Landes in ihrem Sinne auf, d. h. verdummen sie.

Da wird wetteifernd über das Frankfurter Parlament, die Wiener, die Revolution losgezogen und unter heuchlerischen Grimassen das liebe alte System gepriesen. In einem ironisch sein sollenden Artikel „das überkranke Tirol“ überschrieben, wird die liberale Innsbrucker Zeitung, die natürlich Leuten dieses Gelichters ein Dorn im Auge ist, arg mitgenommen, weil sie die Landesverhältnisse nicht so gestaltet findet, wie sie es sein sollten. Ja wohl ist Tirol überkrank und wird nicht eher gesund, bis es die langjährigen Geschwüre, den gesammten Pfaffenpöbel, ausgestoßen haben wird. Die schändlichsten Lügen werden über Wien verbreitet; so heißt es darin unter anderm: „In Wien fürchten die Gutsfinnten alles Schlechte; sollte der Kaiser kommen, so ist seine Ermordung nicht mehr unerwartet. Was die republikanisch Gesinnten mit Güte oder Gewalt ertrogen wollen, wird er nie zugeben, und dann Tod ihm! Sollte es zu einem Reichstage kommen, so werden dabei die Pariser Vorgänge erneuert werden. Reichs Familien wollen von Wien wegziehen, aber man hindert sie von allen Seiten. Vor vierzehn Tagen waren Leute von dort hier; es ist unglücklich, was sie vom aufgeregten Zustande, besonders von den Arbeitern erzählten. Zwei Klostervorstände haben um Unterstützung nachgesucht, weil sie die Arbeiter-Besuche auf Fraß und Sauf nicht mehr bestreiten können. Die Benediktiner zu den Schotten sollen schon bei 80,000 fl. und über 200 Mark Silber für selbe verausgabt haben.“

Wir wollen uns nicht die Mühe nehmen, dieses vom Anfang bis zum Ende schamlose Lügengewebe, diese höllische Ausgeburt eines verrückten Gehirnes, einzeln zu widerlegen. Für Wien wäre es lächerlich, darüber nur ein Wort zu verlieren, für jene Finsterlinge wäre es unnütz. Denn wer der Wahrheit mit solcher Keckheit ins Gesicht zu schlagen wagt, der nimmt keine Bekehrung an.

Und es ist ein Priester, der diese Lügengewebe in die Welt sendet, ein Priester Jesu Christi, der den Ausspruch that: ich bin die Wahrheit. Aber ihr seid nicht Priester Jesu Christi, ihr seid Priester des Teufels, ja des Teufels der Teufel, Lucifers, des ersten Stifters der Aristokraten, des Vaters der Finsterniß, des Erfinders der Lüge und Heuchelei. Aber wie dieser aus dem Paradiese, werdet auch ihr hinausgejagt werden aus den Wohnsitzen freier Menschen.

An einer andern Stelle dieses lügenerischen Winkelsblattes wird Weß und Jammer geschlagen über die Entfernung der Jesuiten und Liguorianer, die, in Tirol klüger als in Wien, bereits Anstalten treffen, freiwillig das Land zu verlassen, so lange es noch Zeit ist. Es werden die Landstände als radikal verschrien, weil sie dieß zugeben; o Himmel! Tiroler Landstände und radikal! In demselben Aufsatze wird sogar zum Morde und Todtschlag aufgefordert; man verlangt nicht gegen die Wälfchen, sondern die Liberalen im Lande soll man zu Felde ziehen. Es heißt daselbst wörtlich: Nicht so sehr die Wälfchen sind unsere Feinde,

als vielmehr die L..., die Radikalen im Lande. Segen diese muß man ziehen, wenn Frieden im Lande werden soll. Segen die radikalen Stadtherrn brauchen wir nur Fäuste und Knüttel!

Wie Schade ist es doch, daß Secker und Herwegh nicht solche tirolische Pfaffen in ihrem Dienste haben; die würden bald eine Nothe Mörder und Mordbrenner durch ihre aufreizenden Reden zusammengelockt haben. Aber wehe euch, Priester der Religion Jesu! wehe euch, wenn es wahr ist, was ihr täglich von den Kanzeln predigt, von einer gerechten Belohnung und Bestrafung in der Ewigkeit! Wehe euch auch in diesem Leben, wenn ihr den Sturm des Bürgerkrieges heraufbeschworen habt, den ihr zu bewältigen nicht im Stande sein dürft, und der euch und viele Andere in den Abgrund reißen wird! Was seid ihr doch für jämmerliche Aufwiegler, einem Erzbischofe von Paris gegenüber, der im Geiste seiner Religion Frieden stiftend und versöhnend auf der Barrikade den Märtyrertod starb!

Wir werden, das versprechen wir euch, ein wachsameres Auge auf eure Umtriebe richten, und die Interessen der Freiheit und Deutschlands euren lichtscheuen und hochverrätherischen Plänen gegenüber nach Kräften zu wahren suchen.

A. Anreiter.

Verona, im Juli 1848.

Schon lange fühlte man das Bedürfniß, das Corps des Generalstabes in Oesterreich, welches im Verhältniß zu seiner großen Armee höchst gering und unzureichend ist, zu organisiren und zu vermehren. — Diesfällige vor mehreren Jahren gemachte Projecte scheiterten an der Inbolenz des damaligen Kriegspräsidenten. — Der jegige Krieg in Oberitalien wofelbst bei $\frac{1}{2}$ der Generalstabsofficiere verwendet ist, und die Wahrscheinlichkeit, in nächster Zukunft auch gegen Osten und Westen Armeecorps aufstellen zu müssen, machen nun einen längern Aufschub obiger Maßregel unmöglich. — Wie wir eben aus einem vor uns liegenden Schreiben aus Wien vom 4. d. ersehen, wird eben der Vorschlag zur Vermehrung des Generalstabes dem Kriegsministerium unterlegt. Diesem Vorschlag gemäß, wird die Zahl der Corpshauptleute von 24 auf 36 und jene der Oberlieutenants von 12 auf 24 gebracht. Es handelte sich daher 24 neue Officiere aus der Armee in den Generalstab zu übersetzen und man durfte voraussetzen, daß man bei der Wahl dieser Officiere nur ihre Befähigung zu dem Generalstabsdienste berücksichtigen, daher solche Officiere wählen wird, die durch ihre längere Zuteilung beim Generalstabe oder anderweitige Verwendung Proben ihrer Kenntnisse und Geschicklichkeit abgelegt haben. Aber mit Nichten. Die Namenliste der 24 zum Uebertritt in den Generalstab vorgeschlagenen Officiere beweist zur Genüge, daß hierbei größtentheils Protection, selten Verdienst im Spiele war. Unter den 13, sage dreizehn fremden Hauptleuten, die in den Generalstab übersezt werden, finden wir Einige, die während ihrer Zuteilung durchaus keine Beweise ihrer Brauchbarkeit geben und deshalb auch zu ihren Regimentern einrückten mußten, andere hinwieder, die nie beim Generalstabe verwendet wurden. Unter Letzteren fiel uns ganz besonders ein blutjunger, aber sehr reicher Ingenieur-Capitain auf, der eben vor Kurzem, als ihn die Tour nach Lemberg traf, sich beurlauben ließ, um die Freuden der Residenz ungestört zu genießen, und der während 7jähriger Dienstzeit nach dem einstimmigen Urtheile seiner Cameraden gar nichts geleistet hat. — Einen solchen Officier sezt man uns vor, die wir 6—8 Jahre im Generalstabe und 13—14 Jahre als Officiere in der Armee mit Auszeichnung gedient haben und nun in den Reihen der tapfern österreichischen Armee in Italien kämpfen. Empö-

rend ist es ferners zu sehen, wie Officiere von einem Regimente zum andern avancirend, es in kurzer Zeit zum Capitaine brachten und nun als wirkliche Hauptleute in den Generalstab eingetheilt werden, woselbst sie vermöge ihres Capitainlieutenants-Ranges ältern Kameraden vorkommen.

Gegen solche himmelschreiende Ungerechtigkeit bleibt jetzt dem Kriegsministerium kein anderes Mittel, als eine aus sämtlichen in Wien befindlichen Stabsofficieren des Generalstabes bestehende Commission zu versammeln, die über die Befähigung eines jeden in's Corps Aufzunehmenden nach Stimmenmehrheit entscheidet. Man wird dann sehen, ob nicht viele der jetzt Vorgesetzten, besonders unter den älteren Hauptleuten, aus der Liste verschwinden werden. —

Singegen finden wir unter den Vorgesetzten einige Artillerie-Officiere, die man uns als tüchtig, wenigstens in ihrem Fache schildert. Wir begrüßen sie mit Freuden in der Erwartung, daß sie keine Anstrengung scheuen werden, zur Ehre des Corps zu dienen, welches ohnehin, besonders in neuester Zeit vielseitig gerechten und ungerechten Angriffen ausgesetzt ist. —

So lange die Wahl der Generalstabs-Officiere einem Einzigen überlassen bleibt, der sich übrigens nie die Mühe genommen hat, seine Officiere kennen zu lernen, wird der österreichische Generalstab nie den Platz einnehmen, den er in jeder wohlorganisirten Armee einnehmen soll und muß. —

Diese kurzen Andeutungen dürften zur Genüge darthun, daß in der constitutionellen österreichischen Armee solche Mißbräuche stattfinden, wie sie unter dem früheren Absolutismus unerhört waren. — Ein derlei Beginnen seitens unserer militärischen Machthaber, ist Verrath am Vaterlande. — Im Interesse des Dienstes bitten wir daher das verantwortliche Kriegsministerium solchem verbrecherischen Treiben auf die Spur zu kommen und den Schuldigen strengstens zu bestrafen.

Mehrere Officiere der österreichischen Armee in Italien.

Ungarn.

— Eines Nachmittags ging die Thüre des schwülen Schulzimmers auf und eine unbekannte, aber höchst willkommene Stimme rief: „Ihr seid frei.“ Da stürzten wir mit Frohlocken zum Hause heraus und liefen, was wir Athem hatten, fort, ohne Ziel, ohne Aufenthalt, ohne vorwärts und ohne rückwärts zu schauen. — Damals hatten wir recht; uns war jeder Weg, jede Aussicht, jeder Plan gleich — wir waren Kinder, und keine Politiker!

Wie aber Staatsmänner, welche Portefeuilles voll Völkerglück unter dem Arme zu tragen haben, so kindisch sein können zu laufen, ohne zu wissen, wohin? wie weit? mit wem? und auf welchen Pfaden? — ist wirklich schwer zu begreifen. Die Angabe, daß von Innsbruck aus, jede Unternehmung des ungarischen Ministeriums gelähmt wird, mag ganz ihre Richtigkeit haben, entschuldigend aber nichts. Daß man von dorthin diesen Gegenstreich spielen konnte, ist ein Beweis dafür, daß man einerseits sie nicht für klug genug hielt und daß anderseits sie nicht daran dachten, weder mit wem sie es zu thun hatten, noch wo sie hinaus wollten. Brauchten die großen Politiker fünf Monate dazu um die Schachzüge des Gegners, nicht zu errathen — nein! um sie abzuwarten? Das ist unverzeihlich. Wo war Esterházy? Wo ist Latour? Was werden die verantwortlichen österreichischen Minister zur Antwort geben, wenn man sie ganz einfach fragt: „Ist General F. M. v. Jellachich in Eurem Auftrag Feldherr einer croatischen Invasions-Armee, oder ist

er es nicht? — Ist er es, so wissen wir, woran wir sind; ist er es nicht, so müßt Ihr ihn entfernen — auf jeden Fall aber tretet aus Eurem zweideutigen Hintergrunde hervor.“ — Statt diesen geraden Schritt zu thun, werden Armeen und Anleihen auf dem Papiere geschaffen. Die croatischen Truppen könnten längst siegreich vor Ofen stehen, wenn dies im Plane Jellachich's läge, ohne daß sie die von der Kammer votirten 200,000 Mann aufzuhalten im Stande wären. Begreifen das die Minister nicht, oder wollen sie es nicht sehen? Die weinerlichen Tiraden über „Verrath und Kamarilla“ sind um so widerwärtiger, je mehr sich die Unfähigkeit dieses Ministeriums herausstellt, die drohenden Gefahren vorzusehen und den vorhandenen mit Energie zu begegnen. Es ist freilich leichter, sich vom Strome der Ereignisse tragen zu lassen, als ihn zu beherrschen — zeigt aber zugleich die gänzliche Untauglichkeit des Steuer-mannes.

Nicht minder wie das ungarische Ministerium muß das österreichische für die Vorgänge im Süden verantwortlich gemacht werden. Die Zukunft der Donauprovinzen kann für den neuen Föderativstaat nicht gleichgültig sein. Die Masse der slavischen Elemente ist in einer fürchterlichen Gährung begriffen; für Rußland könnte ein neuer Crystallisationspunkt sehr erwünscht kommen; es steht nicht gerne den Gravitationspunkt dieser Provinzen nach Wien fallen: wird dieser Prozeß auch von Wien (nicht von Innsbruck) aus gehörig überwacht? Oder wird Oesterreich die Allianz mit Rußland der mit Ungarn vorziehen? Traurige Zweifel!

F.

Vereinigte Staaten von Deutschland. Wien. Auf eigenes Ansuchen ist Herr Rothkirch von der Uebnahme der Gouverneurstelle in Prag entbunden worden. Es muß doch ein Mann sein, der Raison annimmt.

Prag. Aus dem geheimnißvollen Gewölbe des Prager Schlosses tönt folgender Hilferuf in die freie, offene Welt hinaus:

„Prag, 30. Juli. Aufforderung. Wir noch übrigen im Prager Schlosse in Haft Gehaltene fordern im Namen der Gerechtigkeit und der Nationallehre ein ehrenwerthes Stadtvorordneten-Collegium der k. Hauptstadt Prag auf: es möge im geeigneten Wege dahin wirken, daß wir unsern Familien halbwegs zurückgegeben oder vor ein legales öffentliches Civilgericht gestellt werden. Auch ersuchen wir im Namen der Menschlichkeit alle löblichen Zeitungs-Redactionen des österreichischen Kaiserstaates, diesen unsern Aufruf in ihre Blätter aufnehmen zu wollen, damit diese unsere Bitte zur Kenntniß des Reichstages und des hohen Ministeriums gelange. Vom Prager Schloß.“

Berlin. Am 2. August hat sich wieder ein Cholerafall — bis jetzt der zweite — ereignet.

Für den 6. wird zu Feier der deutschen Einheit ein großer Festzug veranstaltet. Ganz Berlin, das freigesinnte wenigstens, ist gegen die neuen „Schutzmänner“ erbittert, es sind die alten Gensdarmen, und wo möglich, nach den vielen schönen Streichen, die schon von ihnen erzählt worden — noch brutaler als die früheren.

Das Ausstechen der schwarzweißen Fahnen hat zu tumultarische Scenen geführt; überall wo ein solches Aushängschild der Reaction gesehen wird, schlug man die Fenster ein — die Bürgerwehr und die Constabler rückten aus und der Commandant Rimpler ließ mit gefülltem Bajonett angreifen. Die Sache wäre zu einem blutigen Ende gekommen, hätte der Kriegsminister nicht die Abnahme der preussischen Fahnen verordnet. Die deutschen Colalben wurden wieder anbefohlen, die die Soldaten früher abgerissen.

Die Nationalversammlung hat am 30. beim König in Potsdam gespeist. Der König war aber wegen der oben erwähnten Vorfälle sehr mißgestimmt. Das Nichtgelingen eines Planes muß schmerzen. Es hat sich bei den Tumulten gezeigt, daß im Volke die Sympathie für deutsche Einheit noch in voller Kraft ist und all das preussenhümelnde Geplärre ein erkünsteltes war.

Die Nationalzeitung widerspricht dem Gerüchte, als habe der Reichsverwe-

fer den bekanneten Erlaß seines Kriegsministers, wegen der dem Reichsoberweser am 6. August zu leistenden Huldbigung des deutschen Heeres — verleugnet, auf das Bestimmteste — und glaubt dieses Gerücht komme aus jener Quelle, von der alle andern sonderbündelnden, preußenthümehelnden Umtriebe der letzten Tage.

Die für Militärwesen gewählte Commission der Reichsversammlung hat sich für Aufhebung der Cadettenhäuser entschieden. Sie erkannte in diesen Cadettenhäusern Pflegeanstalten eines militärischen Kastengeistes, welcher mit der Denkungsart unserer Zeit sich nicht verträgt.

Breslau, 31. Juli Der demokratische Club hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, am 6. August zur Feier der deutschen Einheit ein Monstre-Bankett zu feiern. Die ganze Bevölkerung wird daran Theil nehmen, und auch der Magistrat hat sich mit dem Huldbignungsact einverstanden erklärt.

Schweidnig. Wieder hat die unnatürliche Stellung in der das Militär noch immer gegen das Volk gehalten wird, zum Blutvergießen geführt. Dem Festungscommandanten in Schweidnig, Kolas du Rosey, ist es plötzlich eingefallen, das Trommeln der Bürgerwehr als einen Eingriff in seine Rechte anzusehen — und zu befehlen, daß es eingestellt werden müsse. Man brachte ihm eine Kagenmusik. Eine Stunde mochte der Lärm gedauert haben, als das Militär anrückte, und auf das Commando des Führers — ohne vorhergegangene Warnung — eine volle Salve gab. Man gibt die Zahl der Todten auf 10—15 an, darunter Bürger die herbeigeilt waren Ordnung zu machen. Die Nacht hindurch war die Stadt in größter Aufregung, Sturmglöcken läuteten, die ganze Bürgerwehr rückte aus — die Stadthore wurden gesperrt — das Militär besetzte alle Plätze — und das Volk verlangte Entfernung des Militärs und daß eine Deputation aus der Mitte der Bürger schleunigst nach Berlin abgesandt werde, um die Nationalversammlung um Schutz und Hilfe gegen solche Willkür der Soldateska anzugehen, und wo möglich um Absendung einer Commission zu ersuchen, um den Thatbestand an Ort und Stelle aufzunehmen. Weitere Nachrichten sind noch zu erwarten.

Frankfurt. Die radikal-demokratische Partei der Nationalversammlung hat an das deutsche Volk eine öffentliche Verwahrung gerichtet gegen den letzten Beschluß in der polnischen Frage.

Schleiz, 30. Juli. In der Hauptstadt dieses Weltreiches haben Unruhen stattgefunden. Eine Volksdeputation wurde vom Fürsten unhöflich aufgenommen, dieß erbitterte die Schleizer — und der Fürst mußte eine Ehrenerklärung von sich geben und die gestellten Forderungen gewähren.

Französische Republik. Paris. In der Sitzung vom 28. Juli ist endlich das Clubgesetz nach Verwerfung einer Anzahl Amendements mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden. Es fragt sich aber, ob das Gesetz so lange bestehen wird, als die Berathung darüber gedauert hat.

Der 6. August ist als der Tag anberaumt, an welchem die Verfassungskommission den Constitutionsentwurf der Nationalversammlung vorzulegen hat.

Großbritannien. Am 27. liefen in London Depeschen ein, daß Dublin noch ruhig sei. Man erwartete aber stündlich den Losbruch. Der Aufforderung die Waffen abzuliefern, wird nirgends Folge geleistet — und es werden überall noch Piken geschmiebet.

Polen. Warschau. Die politischen Verfolgungen sind nun im schönsten Gange. Auf Befehl des Statthalters ist auf das sämtliche Vermögen des Edmund Bojannski und Joseph Grabowski (aus Lublin) Beschlagnahme gelegt worden,

weil sie des Besizes und der Verbreitung gefährlicher Schriften halbspöttlich angeklagt wurden. Beide haben sich über die Gränze geflüchtet.

Notizen.

Die reactionäre Partei versucht auf alle Art die Ruhe der Stadt in dem Augenblicke zu stören, wo Alles in gespannter Erwartung auf das Resultat der nach Innsbruck abgegangenen Deputation — auf die Rückkehr des Monarchen harret.

Wir begreifen, daß ihr ein Crawl, ein Zusammenstoß gerade jetzt sehr erwünscht wäre, um mit gewohnter Uebertreibung ihn als Beleg darzustellen, daß die Ruhe unserer Stadt nicht gesichert sei und die Reichsversammlung Lügen zu strafen.

Zu diesen erbärmlichen Versuchen gehören die seit einigen Tagen theils anonym, theils mit berüchtigten Unterschriften versehenen Plakate, welche, da es leider gelungen ist einen geringen Theil der Bevölkerung gegen die Juden aufzuregen, unter diesem Deckmantel ihrem eigentlichen Ziele näher rücken, und den Sicherheits-Ausschuß, welcher der Reaction ein Dorn im Auge ist, und dessen segensreiches Wirken für Ordnung und Ruhe jeder rechtlich Gesinnte — welcher Partei er immer angehöre — gewiß anerkennen wird — mit gemeinen Schmähungen anzugreifen.

Das Herabreißen dieser Plakate, dieser derbe, aber unzweideutige Beweis der Volksindignation, hat diese zudringlichen Insekten nicht vertrieben, sie sind unermüdet, denn sie werden dafür bezahlt. Der Sicherheits-Ausschuß scheint es zu verschmähen, gegen diese elenden, gemieteten Werkzeuge der Rückschrittspartei einzuschreiten. — Wie wäre es, wenn das Volk, die Freiheit der Meinungsäußerung achtend, und nur von gleichem Rechte Gebrauch machend, solche Plakate nicht abreißen, sondern die Unterschrift, wie es ohnedieß bereits geschehen, mit einem Zeichen, welches Jedermann verständlich ist, zieren — und somit den ehrenwerthen Verfasser in effigie hinrichten würde. Es wäre eine unblutige Volksjustiz, ohne die Pressfreiheit zu beeinträchtigen — den Strick sind sie ohnedieß nicht werth, wie ein altes deutsches Sprichwort sagt.

Berichtigung.

In Ihrem gestrigen Blatte steht eine böswillige Notiz über unsern Abgeordneten Herrn Dr. Leopold Reumann, worin der Kaufmann deselben, einmal Leo, das anderemal sogar Lewi gedruckt ist.

Wir ersuchen Sie, derlei Unrichtigkeiten für die Zukunft zu unterlassen.
Mois Lichtner,
im Namen vieler Leopoldstädter.

Börsenbericht vom 3. August 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	75 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	122	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glognitzer Actien	97
„ „ 4%	62	„ „ 1839	82	Waldstein'sche Lose	18 1/2	Pesther	64 1/2
„ „ 3%	44	Esterházy Lose à 40 fl.	50	Nordbahn-Action	105 1/2	Gmundner	168
Bank-Actien	1050	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	65 1/2	Dampfschiff	490

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.